

Annette Widmann-Mauz MdB

PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



Haushaltskonsolidierung schreitet weiter voran - Abschluss der Haushaltsberatungen für das Jahr 2012



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag seine Haushaltsberatungen mit dem Beschluss über das Haushaltsgesetz für das Jahr 2012 abgeschlossen. Mit einer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Milliarden Euro konnte die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Milliarden Euro abgesenkt werden. Das sind nicht nur 22,3 Milliarden Euro weniger, als für 2011 geplant waren, sondern damit wird auch die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Milliarden Euro unterschritten.

Ob im kommenden Jahr der Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Milliarden Euro ausgeschöpft wird, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Haushaltsjahr zeichnet sich allerdings bereits jetzt ab, dass statt der geplanten 48,4 Milliarden Euro Neuverschuldung mit einem Ist-Wert von weniger als 25 Milliarden Euro neuer Schulden abgeschlossen werden kann. Die unionsgeführte Bundesregierung schließt bei ihrem Konsolidierungskurs auch die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte mit ein. Aufgrund der sich abschwächenden Konjunkturerwartungen musste in den Planungen für 2012 auf noch weiter gehenden Schuldenabbau verzichtet werden. Mit dem beschlossenen Haushalt 2012 werden die Ausgaben stabil gehalten und Akzente in Zukunftsbereichen gesetzt. Gegenüber dem Regierungsentwurf werden deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Milliarde Euro für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen, im Bereich Bundeswasserstraßen und für Schienenwege erhöht. Im Bereich Bildung und Forschung wird für 2012 mit knapp 13 Milliarden Euro eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr vorgenommen. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Millionen Euro wird um 45 Millionen Euro aufgestockt.

Der Bund stellt damit genauso wie im laufenden Jahr auch 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 455 Millionen Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung. Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte der europäischen Verantwortung Deutschlands. Bereits in diesem Jahr kann die Drei-Prozent-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder eingehalten und 2012 deutlich unterschritten werden. Überdies steuert Deutschland, entsprechend dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, darauf hin, die 60-Prozent-Schuldenstandsmarke wieder einzuhalten. Dieser Wert liegt in 2011 noch bei voraussichtlich 81,6 Prozent. Damit zählt Deutschland mit der unionsgeführten Bundesregierung zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa. In der traditionellen Generalsaussprache zum Bundeshaushalt 2012 am vergangenen Mittwoch bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut ihren Willen, über Änderungen der europäischen Verträge eine bessere Überwachung der Stabilitätsregeln für den Euro zu erreichen. Als Ursachen der Schuldenkrise in Europa nannte Merkel übermäßige Staatsverschuldung einzelner Mitgliedsländer, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich und grundlegende Mängel in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion.

Für die Bundeskanzlerin gehören Krisenbewältigung und Vorsorge für die Zukunft unmittelbar zusammen. Einen „goldenen Weg“ aus der Krise, also ohne Risiken, gebe es nicht. In der Staatsschuldenkrise sei auf den Märkten Vertrauen verloren gegangen. Dies könne mit Euro-Bonds – also gemeinsamen Anleihen der Mitgliedsländer – nicht zurückgewonnen werden, sagte die Kanzlerin. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von einer „Zeitenwende in Europa“, auf die die Bundeskanzlerin die richtigen Antworten gebe. Mit dem Bundeshaushalt werde die Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten, betonte Kauder. Dies sei der richtige Weg für Europa. „Bisher war Europa eine Antwort auf die Geschichte: Nie wieder Krieg! Jetzt wird Europa eine Antwort auf die Zukunft“.

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 -77217
Telefax: 030/ 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de



Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Fortsetzung Operation ATALANTA

Die Bundesregierung brachte diese Woche ihren Antrag zur **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** ein.

Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen.

Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welt Ernährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat soll unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert werden.



Finanzrahmen der EU

Anlass für den in dieser Woche zur Debatte anstehenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 - Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert** war die Tatsache, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen deutlich (um 110 Mrd. Euro) über den Ansatz hinaus geht, den Deutschland zusammen mit Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Finnland im Dezember 2010 gefordert hat.



Gleichzeitig schlägt die Kommission zur Erhöhung der Einnahmen im Entwurf des neuen Eigenmittelbeschlusses die Einführung einer Europäischen Mehrwertsteuer und eine Europäische Finanzmarktsteuer vor.

Angesichts der aktuellen erheblichen Anstrengungen zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung und der gleichzeitig erforderlichen nationalen Haushaltskonsolidierungen halten wir eine strikte Ausgabenbegrenzung auch im EU-Haushalt für unumgänglich. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU nicht mehr ausgibt, sondern ihre Mittel besser einsetzt.

Weitere Mandatsverlängerung

Ebenfalls zur Debatte stand die **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE)** als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen.

Das Mandat soll inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.



Rechtsextremismus

Anlässlich der lange unerkannten Zusammenhänge von Morden durch rechtsextremistische Täter haben wir in dieser Woche die **Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden** bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalttaten debattiert.

Annette Widmann-Mauz MdB

Die politische Lage in Deutschland



Signal der Stärke und Geschlossenheit

Nach dem Parteitag der CSU hat auch der 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig gezeigt: Die Union ist die große gesellschaftliche Kraft in unserem Land, die für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, von Maß und Mitte steht. Wir sind die Kraft, die intensiv über die politische Ausrichtung des Landes diskutiert, dann unterschiedliche Positionen aber auch zusammenführen kann. Insbesondere in drei Bereichen hat der 24. CDU-Bundesparteitag wichtige Entscheidungen getroffen:

Mit dem Europaantrag wird deutlich, dass Deutschlands und Europas Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind. Der Euro ist weit mehr als eine Währung. Scheitert er, dann scheitert Europa. Deshalb müssen wir die Europäische Union weiterentwickeln. Das heißt mehr und nicht weniger Europa, insbesondere im Bereich der Finanzen. Während die frühere rot-grüne Bundesregierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und damit faktisch ausgehebelt hat, wollen wir ein strenges wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk, das für solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedsstaaten sorgt.

Die Union will die richtige Schule für jedes Kind, nicht aber die Einheitsschule für alle. Mit dem Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“ steht die CDU für ein begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem. Die neu vorgesehene Möglichkeit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen ist ein Angebot an die kommunalen Schulträger, um den Fortbestand von weiterführenden Schulen im ländlichen Raum auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten. Darüber hinaus stehen wir zu Haupt- und Realschulen sowie zu integrativen Schulformen, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen.

Im Zentrum unserer Partei steht nicht das Geld, sondern der Mensch. Die Würde des Menschen hat keinen Preis, sie ist unbezahlbar. Im Zentrum unserer Politik steht das christliche Menschenbild, steht das „C“ und nicht das Dollar-Zeichen. Deshalb setzt die CDU sich für eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen ein, in denen es keinen tarifvertraglich festgelegten Lohn gibt. Dabei ist klar: Es geht um eine marktwirtschaftlich organisierte Lösung, nicht um einen politischen Mindestlohn. Die Lohnuntergrenze, die sich an den für allgemein verbindlich erklärten, tariflich vereinbarten Lohnunter-

grenzen orientieren soll, muss deshalb durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Allein sie kann auch die notwendigen Einzelheiten klären und erforderlichen Differenzierungen bei der Festsetzung einer Lohnuntergrenze vornehmen.



Rechtsextremistische Mordserie

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Wir stehen in Trauer an ihrer Seite.

Rechtsextremistische Täter haben in den Jahren 2000 – 2007 in unserem Land auf skrupellose Weise zehn Menschen ermordet und weitere schwere Straftaten begangen. Neun zugewanderte Mitbürger und eine junge Polizistin haben ihr Leben verloren. Mit vereinten Kräften von Bund und Ländern gilt es nun, Taten und Zusammenhänge weiter aufzuklären und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse zu prüfen, wie wir die Sicherheitsstrukturen in unserem Land zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt verbessern können. Dazu gehört auch, bisher unaufgeklärte Straftaten dahingehend neu zu untersuchen, ob es Bezüge zu rechtsextremistischen Netzwerken gibt.

Ein funktionierender Informationsaustausch ist für die innere Sicherheit unabdingbar. Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern haben auf ihrer gemeinsamen Sondersitzung am vergangenen Freitag erste konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Informationsstrukturen gemacht. Die Einrichtung einer Verbunddatei im Bereich des Rechtsextremismus wurde verabredet und die Schaffung eines gemeinsamen Abwehrzentrums von Bund und Ländern gegen Rechtsextremismus diskutiert. Als Vorbild dienen hier die guten Erfahrungen beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Auch die

Annette Widmann-Mauz MdB

Die politische Lage in Deutschland



Frage eines NPD-Verbotess muss unter Einbeziehung aller Erkenntnisse aus den Ermittlungen erneut geprüft und auf Chancen und Risiken hin abgewogen werden.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Menschen in unserem Land bestmöglich vor rechtsextremistischer Gewalt geschützt sind. Jeder – gleich welcher Herkunft – muss sich in Deutschland sicher fühlen und auf den effektiven Schutz durch staatliche Organe vertrauen können.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat in Deutschland höchste Priorität. Wer sich populistischen Vorwürfen anschließt, der Staat sei auf dem rechten Auge blind, der ignoriert bewusst, dass der Staat die rechtsextreme Szene im Blick hat und rechtsextremistische Taten mit aller Härte verfolgt.

Erst vor zwei Monaten hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich den bis dahin größten bundesweit tätigen Neonazi-Verein, die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), verboten. Rechtsextremistische Bestrebungen sind eine Bedrohung für den Einzelnen, für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt und für das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir werden auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen ergreifen, um dem Rechtsextremismus effektiv mit aller Härte entgegenzutreten.



Quelle: Henning Schacht

Renten steigen, Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland gut durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise geführt.

Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit 20 Jahren: Mehr als 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig; die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich unter die 3-Millionen-Marke gesunken; in diesem Jahr gab es deutliche Lohnerhöhungen von drei, vier Prozent und mehr. Die ausgezeichnete Entwicklung am Arbeitsmarkt füllt auch die Rentenkasse.



Ihre Rücklage wird Ende 2011 fast 24 Mrd. Euro betragen und nähert sich damit der zulässigen Höchstgrenze des 1,5fachen einer Monatsausgabe an. Diesem Erfolg der christlich-liberalen Politik ist es zu verdanken, dass die Renten im Sommer des nächsten Jahres voraussichtlich um 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten ansteigen werden. Aber auch die Beitragszahler profitieren von dieser Entwicklung:

Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken. Mit diesem Schritt entlasten wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt um je 1,3 Mrd. Euro und stärken in einem schwieriger werdenden Umfeld das Wachstum in Deutschland.

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Höchste Anerkennung für herausragende Forschung in der Mikrobiologie und den Lebenswissenschaften – Widmann-Mauz verleiht Robert Koch-Preis

Am 11. November wurde der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB die große Ehre zuteil, den mit 100.000 € dotierten Robert-Koch-Preis und die Robert-Koch-Medaille in Gold in der brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu verleihen.

In ihrer Festrede würdigte sie den diesjährigen Robert Koch-Preisträger, Professor Jorge Galán für seine Verdienste um die zellbiologische Analyse des Infektionsvorganges und gratulierte Prof. Winnacker, der die Robert-Koch-Medaille für seine Lebensleistung bei der Entwicklung der Molekularbiologie und Gentechnik.



Preisträger Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, Preisträger Prof. Jorge Galán, Vorsitzender der Robert-Koch-Stiftung, Hubertus Erlen (v.l.n.r.) Foto: David Außerhofer

Die Staatssekretärin hob in ihrer Rede hervor, dass der Robert Koch-Preis, einer der wichtigsten Ehrungen in Deutschland sei, die die Wissenschaft zu vergeben hat. Nicht umsonst waren unter den bisher Ausgezeichneten zehn spätere Nobelpreisträger.

Widmann-Mauz machte zudem darauf aufmerksam, dass die Menschen gerade im Bereich der Krankheitsbekämpfung mit Recht auf die Leistungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bauen würden. Aufgabe der Politik sei es demnach, dass sie die Rahmenbedingungen schaffe, um die Forschung in Deutschland weiter zu befördern.

„Wir wissen, dass wir den Menschen nur mit Hilfe der Forschung ein Leben in Gesundheit und Wohlstand auch in Zukunft garantieren können. Für die laufende Legislaturperiode haben wir unseren Bildungs- und Forschungsetat deshalb um 12 Milliarden Euro erhöht.“



Foto: David Außerhofer

Damit bringen wir auch die Gesundheitsforschung voran“, bekräftigte Widmann-Mauz MdB den Anspruch der Bundesregierung.

Neben den beiden Hauptpreisträgern wurden auch mehrere Postdoktoranden für herausragende Arbeiten in den Forschungsbereichen Hygiene, Mikrobiologie, Immunologie und Virologie mit Auszeichnungen bedacht. Widmann-Mauz MdB wies auf die große Bedeutung der Nachwuchsforscherinnen und Forscher im Gesundheits- und Medizinbereich hin. Angesichts der demografischen Entwicklung und einer alternden Gesellschaft, gelte es Antworten auf neue Krankheitsbilder, wie der Multimorbidität im hohen Alter zu finden. Die akademischen Nachwuchspreise der Robert-Koch-Stiftung seien ein wichtiger Ansporn für die kommenden und dringend benötigten Forschergenerationen.

Annette Widmann-Mauz MdB

Daten und Fakten



Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung

Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Millionen gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%).

Demgegenüber war bei den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit – auch bedingt durch das Auslaufen der Wehrpflicht – im dritten Quartal im Vorjahresvergleich per Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 10.000 Personen (–0,1%) zu verzeichnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2011 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gestiegen.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich somit nach dem wachstumsstarken Jahresbeginn (+1,3% im ersten Quartal) weiter fort und nahm im Berichtsquartal wieder etwas mehr Fahrt auf.

Zudem wurde das Ergebnis für das zweite Quartal 2011 nach oben, auf nun +0,3%, korrigiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu: Das preisbe-

reinigte BIP war im dritten Quartal 2011 um 2,5% höher als ein Jahr zuvor (kalenderbereinigt um 2,6%).

Impulse kamen im Vorquartalsvergleich in erster Linie aus dem Inland: Dabei trugen insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Anstieg des BIP bei.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Deutsche Wirtschaft bewahrt Euro-Zone vor Stagnation

Laut Eurostat legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Währungsunion von Juli bis September 2011 nur um 0,2% zum Vorquartal zu. Stärkstes Konjunkturzugpferd war Deutschland mit einem Wachstum von 0,5%.

Allein Estland verzeichnete mit 0,8% ein höheres Wachstum. Auch Frankreich legte mit 0,4% deutlich zu. Dagegen stagnierte die Wirtschaft in Spanien, in Zypern schrumpfte sie um 0,7%, in Portugal um 0,4% und in den Niederlanden um 0,3%. Zahlen zu Italien und Griechenland liegen noch nicht vor.

Nach einer ersten Schätzung geht die Statistikbehörde in Athen davon aus, dass das BIP im dritten Quartal um 5,2% im Vergleich zum Vorjahresquartal zurückgehen wird.

(Quelle: Eurostat, Welt-Online)



Vorläufiges Endergebnis

Städte Gemeinden	Wahl- beteiligung in %	JA zum Ausstieg absolut	JA zum Ausstieg in %	NEIN zum Ausstieg absolut	NEIN zum Ausstieg in %
Ammerbuch	63,9	2249	43,4	2936	56,6
Bodelshausen	46,6	724	40,7	1057	59,3
Dettenhausen	63,9	940	36,8	1612	63,2
Dußlingen	52,4	815	39,7	1236	60,6
Gomaringen	56,2	1483	42,5	2005	57,5
Hirrlingen	53,6	356	29,8	836	37,5
Kirchentellinsfurt	60,6	1142	46,2	1328	53,8
Kusterdingen	63,9	1860	48,1	2008	51,9
Mössingen	52,0	3137	42,7	4214	57,3
Nehren	53,2	732	46,0	859	54,0
Neustetten	59,0	420	29,2	1019	70,8
Ofterdingen	54,5	708	39,8	1069	60,2
Rottenburg	56,0	6468	39,0	10122	61,0
Starzach	55,9	692	38,3	1113	61,7
Tübingen	62,3	21274	57,7	15572	42,3
Bisingen	48,1	1252	38,1	2035	61,9
Burladingen	50,5	1235	26,9	3348	73,1
Grosselfingen	40,4	242	37,6	402	62,4
Hechingen	44,2	2373	39,1	3691	60,9
Jungingen	51,4	226	40,4	334	59,6
Rangendingen	44,7	500	28,4	1260	71,6

(Quelle: www.statistik-bw.de, www.swp.de)

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Unterstützerinnen und Unterstützer für Ihren großartigen Einsatz, Ihr Engagement und eine sachliche Auseinandersetzung um Stuttgart 21.

Ihre

Annette Widmann-Mauz